

Hunger und Ausbau der Zwangsarbeitslager in Nordkorea

Berlin, 03.11.2011/APD Die Vereinten Nationen hätten offiziell bestätigt, dass immer mehr Menschen aus dem stalinistisch regierten und hermetisch abgeschotteten Nordkorea fliehen würden, berichtete am 27. Oktober die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) bei einer Pressekonferenz in Berlin.

Die Auswertung von Satellitenfotos zeige, dass die großen Zwangsarbeitslager systematisch ausgebaut würden, in denen Schätzungen zufolge 200.000 Gefangene aus politischen Gründen gequält, gefoltert und dem Hunger ausgesetzt wären, so IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Die Schlüsselrolle bei der Lösung des nordkoreanischen Dilemmas liege nach Auffassung der IGFM nicht in Pjöngjang, sondern in Peking bei der Führung der Kommunistischen Partei Chinas.

„Die Menschen in Nordkorea sind zu Geiseln der Kim-Dynastie und des Militärs geworden“, sagte Lessenthin. „Peking versteht es, das Regime als außenpolitisches Werkzeug einzusetzen.“ Bei Bedarf werde es in Pjöngjang von der Pekinger Führung dazu benutzt, die Demokratien in der Region zu bedrohen. „Das Schicksal der nordkoreanischen Bevölkerung ist den Machthabern in Peking ebenso gleichgültig wie dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-il“, betonte der Vorstandssprecher.

Nach Angaben der IGFM sei Thailand eines der wenigen Länder der Region, das nordkoreanische Flüchtlinge vorbehaltlos aufnehme. 2004 hätten nur 40 Menschen aus Nordkorea in Thailand um Asyl nachgesucht, 2010 seien 2.482 Personen registriert worden und zwischen Januar und April 2011 habe Thailand bereits 870 Asylsuchende gezählt.

Gemäß einem 1968 geschlossenen Abkommen der Volksrepublik China mit Pyongyang würden nordkoreanische Flüchtlinge von China nach Nordkorea abgeschoben. Wer in China nordkoreanische Flüchtlinge verstecke oder ihnen zur Ausreise ver helfe, müsse laut IGFM mit hohen Geldstrafen rechnen. China verletze damit die Genfer Flüchtlingskonvention, der die Volksrepublik 1982 beigetreten sei. In Nordkorea selbst würden die aufgegriffenen Flüchtlinge als „Verräter“ betrachtet und zu langjährigen Haftstrafen, Zwangsarbeit, Folter oder sogar zur Todesstrafe verurteilt.

Tatsächliche oder vermeintliche Gegner der kommunistischen Einparteien-Diktatur in Nordkorea würden für sogenannte „politische Verbrechen“ in Arbeitslager gebracht, in denen menschenverachtende Zustände herrschten. Da Verwandte der Gefangenen bis in die dritte Generation ebenfalls als schuldig gelten und auch in die Lager gebracht würden, wüssten viele der Gefangenen nicht einmal, warum sie dort seien.

Nahender Winter verschärft Hungerproblem

Das größte Problem Nordkoreas sei laut IGFM die sich in diesem Jahr erneut anbahnende Hungerkatastrophe. Die staatlich gelenkte Wirtschaft versorge die Menschen nur mangelhaft. Hunger sei in Nordkorea ein Dauerproblem, obwohl sich das Land selbst versorgen könnte.

Deportation von Flüchtlingen

Die Schlüsselrolle zu einer Verbesserung der Menschenrechtsslage in Nordkorea komme laut Lessenthin der Volksrepublik China zu. Einerseits ermögliche die Protektion Chinas der nordkoreanischen Führung, vollkommen gleichgültig auf internationale Appelle zur Schließung der Gefangenenlager und zur Wahrung der Menschenrechte zu reagieren. Andererseits habe China den Schlüssel zur Lösung von Nordkoreas Flüchtlingsproblematik in der Hand. „Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte fordert China dazu auf, nordkoreanische Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen die Ausreise in sichere Drittstaaten wie Südkorea zu ermöglichen“, so

Lessenthin, „anstatt sie zu denunzieren und nach Nordkorea auszuliefern.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!